

Vormärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Vorstoß gegen den Achtstundentag.

Ablehnung durch die Sozialdemokratie.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion lehnte heute nach langen und eingehenden Verhandlungen die Ausdehnung des vom Reichsanwalt vorgeschlagenen Ermächtigungsgesetzes auf das sozialpolitische Gebiet ab. Sie konnte sich mit der im Reichstabinett gefundenen Formulierung für die vom Reichsanwalt in seiner programmatischen Erklärung vorzutragenden Absichten bezüglich des Arbeitszeitgesetzes nicht einverstanden erklären, ist jedoch bereit, in neue Verhandlungen über diese Frage mit den Koalitionsparteien einzutreten.

Der „Erfolg“ der Krise Dollar 440 Millionen!

W.B. meldet: Der für die Durchführung der Devisenordnung maßgebende amtliche Mittelkurs des Dollars ist heute am 3. Oktober 1923 440 Millionen Mark.

Die Börse stand heute völlig unter dem Eindruck der noch nicht beendeten Verhandlungen innerhalb der einzelnen Fraktionen über die politische und parlamentarische Lage. Insbesondere die Erörterungen über die Verzögerung der Währungsreform haben wesentlich dazu beigetragen, die Kurse der ausländischen Zahlungsmittel weiter in die Höhe zu treiben. Unmittelbar vor Festsetzung der amtlichen Devisenkurse nannte man Pfunde mit 2,125 Milliarden, den Dollar mit 470 Millionen und Dollarfußanweisungen mit 420 bis 430 Millionen. Amtlicher Dollarkurs 440 Millionen.

Am Effektenmarkt zeigte sich bei Beginn des offiziellen Verkehrs eine unsichere Haltung. Die feste Tendenz der Devisen und das außerordentlich reichliche Angebot von Geld zu verhältnismäßig niedrigen Sätzen trafen jedoch im weiteren Verlaufe ein sehr lebhaftes Geschäft und eine feste Tendenz in Effekten hervor. Ziel beachtel wurden große Käufe der Banken für eigene Rechnung. Es ergaben sich bei Festsetzung der ersten variablen Kurse auf allen Gebieten bedeutende Steigerungen.

Auslandswirkung der Krisentreiberei.

Obt genug hat die Haltung Frankreichs seit dem Waffenstillstand und gerade jetzt wieder nach der Einstellung des Ruhrabwehrkampfes den inneren Feinden der deutschen Republik die besten Dienste geleistet, um dann die Erfolge der Nationalisten und Reaktionäre wieder gegen die deutsche Republik auszunutzen. Ueber Presseäußerungen zur augenblicklichen Lage berichtet die Pariser „Europe“:

Die überraschend eingetretene Kabinetskrise erfüllt das „Zeit Journal“ mit großer Beorgnis. In dem Kampf der Anordnung gegen die vernünftigen aber untätigen Elemente hätten diese wenig Aussicht auf Sieg. Das „Echo de Paris“ gibt Stresemann bereits verloren. Je mehr die Koalitionsregierung Stresemanns geschwächt werde, desto mehr käme die Regierung der Generale zur Macht, wenn sie auch Dr. Helfferich vorschleichen würden. Die Aufgabe der Alliierten sei es demgegenüber, die Ordnung im besetzten Gebiet zu sichern. Der Berliner Korrespondent des „Journal“ schreibt, das Kusnahmengesetz habe geradezu in wunderbarer Weise die Zwecke der Nationalisten begünstigt und die Militäristen würden einen um so leichteren Sieg feiern, als die Sozialisten wenig Bürgermut besäßen.

Die „Europe-Korr.“ meldet: Im „Deuore“ meint de Jouvenel, daß die Lage in München viel verwirrter sei als in Berlin. Im Grunde genommen herrsche Vermirrung in ganz Deutschland, in Berlin, in München, in Pommern und im Rheinland. Die Vermirrung liege an den Parteien ebenso wie an den Staaten.

Deutschland lehne zum Chaos zurück.

Könnte doch, so bemerkt er, Frankreich keine Vorteile in dieser Unordnung finden!

W.B. meldet: Die „Ere Nouvelle“ führt an, ein Sturz des Kabinetts Stresemann könne französischerseits nicht leichten Herzens aufgenommen werden, er bedeute das Ende der Ordnung, und die Ordnung in Deutschland sei die einzige Garantie für das kontinentale Gleichgewicht und die einzige Sicherheit für die Zahlungen, die Frankreich brauche. Das Kabinett Stresemann sei der letzte Ball der Reparationspolitik und der Politik der Verständigung mit den Alliierten. Wenn Baldwin und Poincaré nicht im letzten Augenblick diesen Ball fassen, übernehmen sie die Verantwortung für das, was am Tage des Zusammenbruchs sich ergeben werde, sei es in der Form einer Konsolidierung der deutschen Einheit unter der Militärdiktatur, sei es in der Form einer großen kommunistischen Bewegung.

Aus Rom berichtet W.B.: Die Blätter beschäftigen sich in spaltenlangen Artikeln mit der inneren Lage in Deutschland und stellen teilweise sogar den Zerfall des Reiches bereits als vollzogen hin. Das Organ der katholischen Volkspartei, „Il Popolo“, schreibt: Nachdem Italien Deutschland den Rat gegeben habe, den passiven Widerstand aufzugeben, müsse es auch zeigen, daß dieser Rat gut gewesen sei und müsse sich den französischen Verschleppungen entgegenstellen. — „Voce Repubblicana“ spricht denselben Gedanken aus, wobei es die französischen Machenschaften in den Rheinlanden tadelt und eine Tobeshymne auf das deutsche Volk anstimmt, das die Feinde niemals trennen könnten. — „Popolo d'Italia“ ermahnt die Faschisten, den Streit im Innern zu begraben angesichts der Ruhrfrage, deren Lösung die Richtung der europäischen Politik auf mehrere Jahrzehnte hinaus bestimmen werde.

Ganßer in Schußhaft. Der aus dem Besoldigungsprozeß des Reichspräsidenten Ebert bekannte, Münchener Naturwissenschaftler Dr. Emil Ganßer ist auf Befehl des Truppenkommandos 3 Berlin in Schußhaft genommen worden. Seine Verhaftung erfolgte auf Antrag des Reichsinnenministers.

Der Prüffstein.

Nach der in unserer heutigen Morgenausgabe veröffentlichten ausführlichen und abschließenden Schilderung von amtlicher militärischer Stelle über die Vorgänge in Rüsting sind wir der Auffassung, daß die verhängte Zensur unverzüglich wieder aufgehoben werden kann. Nach unserer eigenen Kenntnis der Dinge und unserer Wahrnehmungen an Ort und Stelle sind wir in der Lage, jene Darstellung als im wesentlichen richtig zu bekräftigen. Insbesondere können wir uns mit gutem Gewissen der Schlußbemerkung über das anerkennenswerte Verhalten der dort eingezogenen Reichswehrtruppenteile durchaus anschließen. Ihr Vorgehen war in politischer Hinsicht einwandfrei und in technischer Hinsicht gefast. Daß die Reichswehr es vernied, die Kapitulation der Putschisten durch ein Stabbad um einige Stunden zu beschleunigen — wogu sie durchaus in der Lage war —, wird ihr kein Sozialdemokrat verdenken: allein möchten wir den Wunsch aussprechen, daß die Wehrmacht in allen Lagen mit menschlichem Blut ebenso sparsam umgehe, insbesondere wenn es tragische Ereignisse mit sich bringen sollten, daß sie gegen deutsche Arbeiter eingeleitet werden möchte. Wir möchten bei dieser Gelegenheit bemerken, daß der Rüstinger Kommandant das Anerbieten der dortigen organisierten Arbeiterschaft, der Reichswehr bei der Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung behilflich zu sein, mit Dank zur Kenntnis nahm und sich vorbehielt, im Notfall auf dieses Angebot zurückzugreifen.

Diese Feststellungen sind in der heutigen kritischen Zeit von besonderer Bedeutung, denn aus der Entwicklung der Dinge in Rüsting lassen sich für die Reichsregierung verschiedene Schlußfolgerungen auch für andere, noch viel wichtigere Probleme der inneren Politik des Reiches ziehen. Rüsting war gewissermaßen ein Prüffstein der Zuverlässigkeit der Reichswehr: wenn die Stunde schlagen sollte, in der das Kabinett sich über die Befehle schützig werden möchte, die dem General v. Boffow zu erteilen wären, dann wird das Rüstinger Beispiel nicht unbeachtet bleiben dürfen.

Daß der amtliche Bericht, soweit er die Entstehung des Rüstinger Putsches berührt, zum Teil recht unklar, zum Teil ergänzungsbedürftig ist, wird jeder Leser von selbst bemerkt haben. Einmal wird dieser Teil der Rüstinger Angelegenheit doch erörtert werden, und wenn es dem Herrn Sauerwein, der als Sonderberichterstatter des „Matin“ in Berlin weit, möglich ist, in bezug auf die Ausführer jenen Ausdruck zu gebrauchen, der hierzulande aus fast allen Lippen ist, dann ist ein weiteres Zensur-Verdictspiel aus außerpolitischen Gründen ganz zwecklos und in innerpolitischer Hinsicht nur noch schädlich: denn dadurch wird lediglich der gute Eindruck beeinträchtigt, den die Haltung der verfassungsmäßigen Wehrmacht auf die Arbeiterschaft gemacht hat, und außerdem gibt sich die Regierung Stresemann den falschen Anschein, daß sie die Verantwortung für unverantwortliche Dinge übernimmt, die ausschließlich auf das Konto der Regierung Cuno zu setzen sind.

Ururteilung des Rüstinger Putsches.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine sofort in Kraft tretende Verordnung des Reichsjustizministers über die Bildung eines außerordentlichen Gerichts zur Ururteilung der Straftaten, die mit den Unruhen in Rüsting in Zusammenhang stehen. Dieses Gericht wird seinen Sitz in Kottbus haben. Es entscheidet in der Besetzung mit einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern, die zum Richteramt befähigt sein müssen. Der Vorsitzende und sein Vertreter müssen beamtete Richter sein. Eine gerichtliche Voruntersuchung findet nicht statt; es ergeht auch kein Befehl des außerordentlichen Gerichts über die Eröffnung des Hauptverfahrens. Gegen seine Entscheidung ist kein Rechtsmittel zulässig. Jeder Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens entscheidet das im ordentlichen Verfahren zuständige Gericht. Die Strafvollstreckung erfolgt durch die Anklagebehörde. Vollstreckung der Todesstrafe ist erst zulässig, wenn die Entscheidung des Reichspräsidenten ergangen ist, von dem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch zu machen. Die Verordnung enthält insgesamt 21 Paragraphen; sie ist ergangen auf Grund des § 6 der Verordnung des Reichspräsidenten betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet nötigen Maßnahmen vom 26. September 1923.

Wichtige Sorgen.

Der Deutsche Offiziersbund wünscht Eisene Kreuze.

Im „Tag“ wird eine Eingabe des Deutschen Offiziersbundes veröffentlicht, die dringend die Verteilung Eiserner Kreuze verlangt, weil der Preussische Landtag vor Jahresfrist so beschlossen habe. Die große Mehrzahl der Bevölkerung wird freilich finden, daß wir dringendere Sorgen haben, als jetzt, 5 Jahre nach Kriegsende noch Eisene Kreuze zu verteilen.

Frankreich und die Reparationsleistungen.

Paris, 3. Oktober. (III.) Wiederaufbauminister Reibel hat auf eine Anfrage, ob die Naturalleistungen nach Nordfrankreich jetzt nach Aufhebung der Verordnung vom 13. Januar sofort wieder aufgenommen werden können, geantwortet: Wir werden jetzt den guten Willen Deutschlands auf die Probe stellen und beabsichtigen in der Tat, bei den deutschen Lieferanten Bestellungen zu machen. Wir werden das Gille-Abkommen wieder in Anwendung bringen. Dann werden wir ja sehen, ob das Reich den Lieferanten die gemachten Bestellungen bezahlen wird.

Auflösung der Geheimorganisationen in Ungarn. Die ungarische Regierung hat entsprechend den Zusagen des Grafen Bethlen begonnen, die Geheimorganisation des Abgeordneten Friedrich aufzulösen.

Dieser Reichstag...

Generaloffensive gegen die Arbeiterschaft.

Es muß einmal offen ausgesprochen werden: Der Reichstag macht sich einfach unmöglich! Wenigstens in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung und seinem bisherigen Verhalten in kritischen Situationen. Die plötzlich heraufbeschworene „Regierungskrise“, die jetzt in den Wandelgängen, den Fraktionszimmern und in den Spalten der Blätter die Gemüter erregt, interessiert im Lande leider niemand mehr. Man höre nur herum im Volke, und man wird nur — höflich ausgedrückt — ein mitteilbares Achselzucken finden, wenn von den Dingen geredet wird, die Deutschland plötzlich wieder in größte Wirrnis versetzen. Die Hauffespekulanten an der Börse haben allein ihre Freude daran. Die Dollarkurse der nächsten Tage werden es ausweisen. Welches Vertrauen soll denn das Ausland zu diesem Deutschland noch haben, wenn die Deutsche Volkspartei, die aller Welt ankündigte, nur ihre Unterschrift sei „disponibel“, plötzlich aus heiterem Himmel heraus ihren eigenen Minister stürzt und das von ihrem Parteichef geleitete Kabinett zu sprengen droht? Welches Ansehen soll ein Parlament im eigenen Lande noch haben, das angesichts der Katastrophe an der Ruhr, angesichts der Separationsbewegung in Banera und am Rhein nichts anderes zu tun weiß, als „Probleme“ aufzuwerfen, die die Regierungsmaschinerie einfach lahmlegen?

Vor jedem Wahlkampf verhielten die bürgerlichen Parteien, es sei notwendig, die Intelligenz in den Reichstag zu bringen, die Wirtschaftsführer nicht minder und schließlich die Fachleute in die Regierungstellen. Die Deutsche Volkspartei besonders ist stark darin: Sie hat die Intelligenz, die Industriellen und die Fachleute — so meint sie. Und gerade die Deutsche Volkspartei hat die hilflosesten Politiker, die statt Aufbau lediglich einen Scherbenhaufen nach dem anderen erzielen. Keine Partei kann nur aus „Wirtschaftlern“ und „Fachleuten“ bestehen. Sie braucht Wähler, um Einfluß zu gewinnen. Und es ist nicht zu bestreiten, daß auch die Wählerstimmen der Deutschen Volkspartei zum großen Teile herriühren aus den Kreisen von Angestellten, Beamten, Intellektuellen und Frauen, die ihrer Klassenlage nach so wenig großkapitalistisch sind, wie etwa Herr Stinnes proletarisch ist. Aber die wirtschaftlichen und politischen Interessen dieser breiten Wählerkreise werden von den jetzigen Fraktionsführern dieser Partei einfach ignoriert. Aus Furcht vor der deutschnationalen „Straße“ klappen sie zusammen und verlangen, daß man den Forderungen Helfferichs nachgebe, Hilferding und mit ihm den Achtstundentag beseitige. Auch die Arbeiter, die der Volkspartei ihre Stimme geben — wie viele solcher es gibt, ist leider nicht festzustellen — werden durch diese im Unternehmerinteresse diktierten Forderungen antizipalier Art berührt. Aber das macht den Führern nichts aus. Es gilt, parlamentarische Kulissenarbeit überster Sorte zu verrichten, selbst wenn dies oder jenes, ja selbst wenn das Deutsche Reich selbst darüber Schäden litte!

Statt endlich das Währungsgefetz unter Dach und Fach zu bringen, endlich der Mark wieder irgendeinen Kaufwert zu geben, zerbricht man den eben erst unter Schwierigkeiten hergestellten Unterbau der Regierungskoalition. Man könnte über diese politischen Unfähigkeiten keine Freude haben, wenn der Ernst der Zeiten zu solcher Freude überhaupt noch Anlaß wäre.

Man muß sich die Situation klar vergegenwärtigen: In einem Augenblick, da die Welt von Deutschland einen klaren Plan über seine Anstrengungen zur politischen und wirtschaftlichen Befundung erwartet, unternimmt eine der Regierungsparteien einen Vorstoß gegen die Regierungskoalition. Als Streitpunkt wirkt sie diejenige Frage in die Debatte, die am wenigsten aktuell ist, bei deren Verhandlung aber die von der Sozialdemokratie vertretenen Interessen der schaffenden Arbeit am empfindlichsten berührt werden: die Frage der Arbeitszeit. Die Sozialdemokratie hat immer betont, daß zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen die Produktion nach Möglichkeit gesteigert werden müsse. Soweit dazu in Ausnahmefällen eine Verlängerung der Arbeitszeit nötig ist, bietet die freie tarifliche Vereinbarung ausreichende Möglichkeiten. Das wissen die Herren um Scholz natürlich so gut wie die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie. Trotzdem machen sie die Forderung nach einer gesetzlich verordneten der Arbeitszeit zum Kernpunkt ihres Vorstoßes, der sich immer mehr als ein bemüheter Vorstoß gegen die verfassungsmäßige Entwicklung in Deutschland herausstellt.

Die Verhandlungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die bis nach 1 Uhr dauerten, waren angesichts der gesamten parlamentarischen Lage natürlich besonders schwierig, und ihre Beschlüsse können sehr schwerwiegende Natur sein. Die Sozialdemokratie, die für Deutschland das demokratisch-parlamentarische Regierungssystem als das allein erträgliche betrachtet, wird nicht leichtfertig mit den Interessen des Parlamentes und der hinter ihr stehenden Arbeiter umgeben. Aber sie ist sich auch ganz klar über den Ernst der Stunde, zumal es immer deutlicher wird, daß der Vorstoß gegen den Achtstundentag gleichzeitig einen Vorstoß gegen das parlamentarische System bedeuten soll!

Wenn die gegenwärtige Regierung stürzt, so ist kaum noch eine verfassungsmäßige Neubildung einer Regierung möglich. Man spricht heute im Reichstag bereits allgemein von einer Auflösung des Reichstages, ohne zu sagen, wer die Auflösung vollziehen soll und wann die Neuwahlen stattfinden hätten. Offenbar rechnet man schon

heute mit einer außerparlamentarischen Diktatur, die unter deutschnationalem Einfluß nach bayerischem Muster steht.

Es handelt sich also jetzt um eine Generaloffensive der reaktionären Kräfte gegen die gesamte Arbeiterbewegung, und der Vorstoß gegen den Achtstundentag in diesem Augenblick beleuchtet lediglich die Situation. Die Deutsche Volkspartei, die diesen Vorstoß unternimmt, ist sich hoffentlich klar darüber, daß sie den Reichstag unmöglich macht. Vielleicht ist das sogar ihre Absicht. Sicher aber läßt sie sich dazu brauchen. Die Sozialdemokratie hat für das demokratische Selbstbestimmungsrecht des Volkes jahrzehntelang gekämpft. Sie will auch jetzt verhindern, daß das parlamentarische System durch das Parlament selbst diskreditiert und beseitigt werde. Aber sie täuscht sich weder über die Absichten jener Kreise, die jetzt wieder einmal eine „Krise“ hervorrufen, noch über das Kräfteverhältnis, das innerhalb und außerhalb des Parlaments wirksam sein kann.

Die sächsische Regierungsumbildung.

Aus Dresden wird uns berichtet: Ueber die Beschlüsse der Sozialdemokratischen Partei Sachsens sind in der bürgerlichen Presse vielfach unzutreffende Nachrichten verbreitet worden. In der Sitzung vom letzten Montag wurde entgegen anderslautenden Nachrichten beschlossen, vorläufig nicht in Verhandlungen mit der SPD. einzutreten. Es wurde vielmehr eine Kommission gewählt, die einen Gegenentwurf zu den kommunistischen Forderungen ausarbeiten soll, der dann der Fraktion und der Landesparteileitung vorgelegt ist. Erst dann soll mit der SPD. über einen eventuellen Eintritt in die Regierung verhandelt werden. Für eine Besprechung mit den Bezirksvorständen ist der kommende Freitag in Aussicht genommen.

Mit Dank abgelehnt!

Württemberg und Ruhr.

Man ist nicht überall so bereit wie in gewissen Kreisen der Deutschen Volkspartei, der Kniffing-Ruhr-Vollzug im ganzen Reich zum Sieg zu verhelfen. So wird uns aus Stuttgart gedruckt:

Nach einer Münchener Meldung soll sich die bayerische Regierung mit der württembergischen Regierung ins Einvernehmen gesetzt haben, um über die politische Lage und ihre möglichen politischen Konsequenzen für die beiden Reichsteile in Meinungsaustausch zu treten.

An hiesiger unterrichteter Stelle ist über einen solchen Schritt nichts bekannt; man zweifelt auch daran, daß er, wenn er erfolgen würde, den von bayerischer Seite gewünschten Erfolg haben würde.

Danach ist man in Württemberg nicht geneigt, sich auf die Bahn des legalisierten Putschs und der geräuschlosen Auflösung des Reiches zu begeben.

Hitlers Phantasien.

In einer Unterredung mit dem Vertreter der „Daily Mail“ erklärte Hitler, die Frage, ob Monarchie oder nicht, sei gegenwärtig nicht aktuell. Die Hauptursache der Volkserregung gegen die Reichsregierung sei die Aufgabe des passiven Widerstandes. Die Regierung hätte die Pflicht gehabt, jedes Bergwerk, jede Fabrik und jeden Hofhofen zerschlagen zu lassen. Dann würde sich Bonicard einen tödlichen Sieg geholt haben, so wie es Napoleon habe erleben müssen, als er vor dem brennenden Moskau gestanden habe.

Der „Völkische Beobachter“ erscheint!

München, 2. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Das politische Interesse konzentriert sich in München vollkommen auf die Haltung des Reiches und seiner Regierung gegenüber dem bayerischen Ausnahmezustand. Der Befehl des Reichswehrministers an General Boffow betreffend Durchführung des Verbots des „Völkischen Beobachter“ ist in die Hände des Generals gelangt und von diesem an das Generalkommissariat weitergegeben worden. Bis zur Stunde ist in dieser Frage noch keine Entscheidung getroffen. Doch erfuhr der „Völkische Beobachter“ auf seine Ermüdigung bei Herrn v. Kahr, daß dieser nicht daran denke, eine

Werbung.

Die Tage klingen von Rot und Leid
Und wachsende Schwingen drängen zum Streit.
Des Wägens sei endlich genug, genug,
Drum wag ich noch einmal befreienden Flug,
Drum werb' ich noch einmal — doch hüte dich, du,
Der Donner spielt mir das Brauslied dazu,
Der Sturmwind ist mein gewaltiges Röh,
Der Blitz meine Waffe, die Sterne mein Trost!
Und ich bin das Leben,
Du hältst es nicht auf,
Es zeichnet dem Schicksal, den Göttern den Lauf.
Und der Himmel, der Himmel er ist mein Feld,
Und das Wort meiner Hände die ewige Welt!
Und willst du nicht leben, so bin ich der Tod!
Ich ziehe in jedem Abendrot
Und suche Vergessen in ewiger Nacht —
Doch noch sollst du leben, noch bin ich die Nacht,
Noch ist mein Wille der Welt Gebot —
Doch willst du nicht leben, dann bin ich der Tod!

Fritz Ruge, Retenarbeiter.

Pädagogentag.

Die in München abgehaltene Tagung der Deutschen Pädagogen und Schulmänner konnte trotz der ungünstigen Zeitverhältnisse planmäßig durchgeführt werden. Unter den mehr als 1000 Teilnehmern waren nicht nur fast sämtliche deutsche Länder vertreten, auch Deutschösterreich, die deutschen Bezirke von Böhmen und Ungarn, Skandinavien und die Schweiz hatten Vertreter als Vortragende und Hörer gesandt. In der ersten allgemeinen Sitzung, zu der auch die Vertreter der Unterrichtsverwaltungen erschienen waren, sprach als Hauptredner Prof. v. Wilamowitz (Berlin) über die „griechische und römische Persönlichkeit“. Er zeigte, wie sich der Grieche zu einer Befreiung von äußerer Gebundenheit, politisch zur Demokratie, entwickelte, wozu nach einer Zeit der Verschlingung bei den Römern von neuem herbe, gesunde Persönlichkeiten führend erschienen.

Die Hauptarbeit spielte sich in den 14 Sektionen ab. Besonders bemerkenswert war die starke Teilnahme an der philosophisch-pädagogischen Sektion. In dieser sprachen Oberstudienrat Dr. Kesseler (München) über die „Überwindung des Gegensatzes von Individual- und Sozialpädagogik“; die Pädagogik sei aufzufassen als Politik im alten guten Sinn, als Arbeit für den Aufstieg des Gemeinwohls. Wegensperndt waren die Ausführungen von Oberstudienrat Otto (Marburg) über „Pädagogik und Soziologie“. Nach dem Verhältnis von Macht, Religion und Recht gliedert sich das Verhältnis der Individuen zueinander, und aus der Synthese der drei sozialen Grundideen formt sich die Einheit der letzten Idee, der Gemein-

schaf. Das große Interesse in Schulfragen zeigte sich auch in der allgemeinen Schlußsitzung, in der Studienrat Dr. Behrend (Berlin) über „Die Einheitlichkeit des höheren Schulwesens“ sprach. Der Redner beklagte, daß die Weimarer Verfassung auf dem Gebiete der Schule so gut wie gar nicht durchgeführt sei, und das Recht des Reichs, eine einheitliche Schulgesetzgebung in Grundfragen festzulegen, nicht ausgeübt werde. Daher die große Unzufriedenheit und die eigenen Wege, die manche Länder gehen. Doch hierbei nicht immer glücklich verfahren ist und manche Neuerung zu weiterer Zersplitterung und zu einem Herabdrücken der Leistungen führt, macht diesen Zustand nicht schmachhafter. Besonders gefährlich wird die Neigung, sich die Neigung, auf dem Gebiete der Schule zu spüren, unter auswärtigem Druck verstärken zu lassen. Gegen diese Gefahr würden die deutschen Hochschulen aufgerufen, um die bisherige Höhe der Bildungsziele festzuhalten und gegen Beeinträchtigung zu schützen. Eine entsprechende Entschiedenheit und einhellige Zustimmung. Als Ort der nächsten Tagung ist Erlangen in Aussicht genommen.

solche deutschfeindliche Handlung, wie die Unterdrückung des „Völkischen Beobachter“, auszuführen. Die Mittwoch-Frühauflage des Blattes ist bereits erschienen.

Das Generalkommissariat hat auch den sogenannten „Deutschen Tag“ in Bamberg mit der Voraussetzung genehmigt, daß er auf zwei bis drei Tage beschränkt wird. Die Veranstaltung war für die Dauer der ganzen nächsten Woche geplant. Die Genehmigung wurde erteilt, trotzdem der Bürgermeister von Bamberg, Wächter, eine in der Bayerischen Volkspartei bekannte Persönlichkeit, sich angeblich für ein Verbot ausgesprochen haben soll.

... und ist selbst in Berlin überall zu kaufen.

Der Herr Reichswehrminister hat den „Völkischen Beobachter“ verboten und den Befehl gegeben, sein Erscheinen militärisch zu verhindern. Alle Welt wartet den Erfolg dieses Befehls in München ab. Aber niemand wird auf den Gedanken gekommen sein, daß ein vom Reichswehrminister verbotenes Blatt in Berlin unter den Augen der Regierung an jeder Straßenecke zu haben sein könnte. Tatsächlich ist es so. In den Zeitungskosten des Westens läuft man das Hitler-Organ nach wie vor. Ob der Herr Reichswehrminister wenigstens in Berlin seinen Befehlen wird Respekt verschaffen?

Kartoffeln für die Städte.

Der Reichsernährungsminister hat nach Pressemeldungen beim Reichsverkehrsminister ein vorübergehendes Verbot für den Monat Oktober für Kartoffeln beantragt, die Stärkefabriken und Trocknereien zugeführt werden sollen. Gegen diese Absicht läuft die „Deutsche Tageszeitung“ in einer langen Zuschrift Sturm. Das Agrarierblatt weist ganz mit Recht nach, daß der Monat Oktober der Hauptverhandlungsmonat ist und daß in späterer Jahreszeit wegen der Frostgefahr die Kartoffeltransporte an die Brennereien nicht so regelmäßig erfolgen könnten. Daraus zieht die „Tageszeitung“ den Schluß, daß eine solche Verfügung nicht erlassen werden dürfe, weil sie die Volksernährung erschwere. In Wirklichkeit ist die Verfügung gerade im Interesse der Volksernährung ins Auge gefaßt. Die Kartoffelernte ist in diesem Jahre bei weitem nicht so günstig ausgefallen wie im Vorjahre und es ist klar, daß zu allererst die städtische Bevölkerung für den Winter mit Kartoffeln versorgt werden muß. Große Städte wie Berlin gehen daran, teils auf eigene Rechnung Winterorräte für Kartoffeln sicherzustellen, teils der Bevölkerung bei der Beschaffung einer gewissen Winterreserve behilflich zu sein. Die Schwierigkeiten unserer Ernährung werden im Winter sowieso groß genug sein. Eine vorausschauende Ernährungspolitik muß deswegen alle Anstalten treffen, um noch in diesem Monat möglichst große Kartoffelmengen für die städtische Bevölkerung sicherzustellen. Es wird für die Kartoffelindustrie, namentlich für die Trocknereien, von denen ein Teil auch für die Konzentrierung von Kartoffeln von Wichtigkeit ist, später viel leichter sein als für die Städte, sich ihren Bedarf zu sichern. Es ist deswegen durchaus erfreulich, daß das Reichsernährungsministerium ein solches Verbot zu erlassen beabsichtigt. Nach unserer Kenntnis soll darüber hinaus auch die Verarbeitung von Kartoffeln durch die Industrie bis zum 31. Oktober verboten werden. Die „Deutsche Tageszeitung“ würde besser beraten sein, wenn sie ihre Spalten nicht einzelnen Interessentengruppen öffnete, sondern das Interesse der Gesamtheit in den Vordergrund stellte.

Aufruf der Bergarbeiterverbände.

Gelsenkirchen, 2. Oktober. (U.) Der Aufruf, welchen die vier Bergarbeiterverbände heute an die Bergarbeiter des besetzten Gebietes zwecks Wiederaufnahme der Arbeit richteten, hat folgenden Wortlaut:

Die Reichsregierung hat durch ihren Aufruf an das deutsche Volk vom 26. September bekanntgegeben, daß der passive Widerstand aufgegeben werden soll. Die Aufgabe mußte erfolgen, wenn die deutsche Wirtschaft nicht vollständig zugrunde gehen soll. Dem rollenden Währungsverfall muß Einhalt geboten und die Rentenpresse zum Stillstand gebracht werden. Unerlässliche Voraussetzung hierfür ist die Aufgabe des passiven Widerstandes

schaf. Das große Interesse in Schulfragen zeigte sich auch in der allgemeinen Schlußsitzung, in der Studienrat Dr. Behrend (Berlin) über „Die Einheitlichkeit des höheren Schulwesens“ sprach. Der Redner beklagte, daß die Weimarer Verfassung auf dem Gebiete der Schule so gut wie gar nicht durchgeführt sei, und das Recht des Reichs, eine einheitliche Schulgesetzgebung in Grundfragen festzulegen, nicht ausgeübt werde. Daher die große Unzufriedenheit und die eigenen Wege, die manche Länder gehen. Doch hierbei nicht immer glücklich verfahren ist und manche Neuerung zu weiterer Zersplitterung und zu einem Herabdrücken der Leistungen führt, macht diesen Zustand nicht schmachhafter. Besonders gefährlich wird die Neigung, sich die Neigung, auf dem Gebiete der Schule zu spüren, unter auswärtigem Druck verstärken zu lassen. Gegen diese Gefahr würden die deutschen Hochschulen aufgerufen, um die bisherige Höhe der Bildungsziele festzuhalten und gegen Beeinträchtigung zu schützen. Eine entsprechende Entschiedenheit und einhellige Zustimmung. Als Ort der nächsten Tagung ist Erlangen in Aussicht genommen.

Zur Entdeckung des Insulins. Mit Recht sind die Amerikaner stolz auf ihre Entdeckung des Hormones der Bauchspeicheldrüse, dessen hemmende Wirkung auf die Zuckerbildung ein höchst wirksames Hilfsmittel bei der Heilung der Zuckerkrankheit ist. Doch hier ist, wie vielfach bei menschlichen Entdeckungen, der rettende Gedanke nicht dem Hirn eines einzelnen entsprungen, sondern die Entdeckung lag, durch die Arbeiten zahlreicher Forscher vorbereitet, gewissermaßen in der Luft. Und so dürfen auch wir Deutschen uns einen nicht geringen Anteil bei der Entdeckung dieses Hormones und des „Insulin“ benannten Präparates zuschreiben. Die Grundlage für alle Nachforschungen über die Wirkung der Bauchspeicheldrüse auf den Zuckerspiegel legte 1889 der geniale Versuch von Minkowski und Mering, welche durch Entfernung der Bauchspeicheldrüse alle Erscheinungen der Zuckerkrankheit hervorruften konnten. Bald kam man auch dazu, in den „Langerhanschen Inseln“ denjenigen Teil der Drüse zu erkennen, von dem der Einfluß auf den Stoffwechsel ausgeht.

Man versuchte nun, ähnlich wie es bei anderen Organen gemacht worden war, durch eine aus der Bauchspeicheldrüse gewonnene Substanz den Zuckerspiegel zu beeinflussen. Am erfolgreichsten war darin Zuelzer im Jahre 1909; sein Präparat hatte dieselbe Wirkung wie das Insulin, und man kann wohl sagen, daß es mit ihm identisch war. Nur war es noch nicht so rein dargestellt, zeigte schädliche Nebenwirkungen und war nur kurze Zeit haltbar; die Amerikaner hatten dann nur noch einen Schritt bis zur Entdeckung des Insulins zu gehen. Banting und Best in Toronto beobachteten, daß bei Unterbindung des Ausführungsganges der Bauchspeicheldrüse die drüsigen Teile eher degenerierten als die Langerhanschen Inseln, welchen man ja fast allgemein die Hormonbereitung zuschrieb. Ein in solchem Zustande halber Degeneration aus der Bauchspeicheldrüse bereiteter Extrakt wirkte also die Hormone in großer, die zerfallenden Verdauungsfermente dagegen in geringer Menge enthalten. Gemeinlich mit dem Chemiker Collip wurde dann das Präparat gereinigt und seiner heutigen Vollendung entgegengeführt.

und die Wiederaufnahme der Arbeit. Die Existenz und die Zukunft des deutschen Volkes und vor allem der Arbeiterschaft macht diese Maßnahmen zur zwingenden Notwendigkeit. Die untergeordneten Verbände fordern auch deshalb auf, die Arbeit und Förderung sofort in vollem Umfange wieder aufzunehmen. Kameraden! Ruhe und Ordnung im Innern Deutschlands ist vor allem erforderlich, wenn die gefährdende Lage überwunden werden soll. Kommunisten, Unionisten und Reichsbolschewisten fordern den Generalstreik und arbeiten auf den Bürgerkrieg hin. Das ist ein Verbrechen am Volke und zerläßt die deutsche Republik. Kameraden, verlasst diesen Bolschewerbern die Gefolgschaft. Die vier Bergarbeiterverbände haben bisher eure Interessen vertreten und wahrgenommen. Sie werden es auch in den kommenden schweren Zeiten tun. Die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen kann um so wirksamer geschehen, je geschlossener die Kameraden den Verbänden und ihren Weisungen folgen.

Auflösung der Düsseldorfer Schupo.

Paris, 3. Oktober. (U.) Nach einer Havasmeldung aus Düsseldorf haben die französischen Behörden den deutschen Spionen mitgeteilt, daß die grüne Polizei vom 1. Oktober als aufgelöst zu gelten habe. Sie wird von der städtischen Polizei ersetzt werden.

Belgien billigt Frankreichs Ruhrpläne.

Paris, 3. Oktober. (U.) Brüsseler Meldungen zufolge geht Belgien mit Frankreich in der Aufrechterhaltung des status quo im Ruhrgebiet völlig überein. Beide Regierungen wünschen, bevor sie irgendeinen Entschluß fassen, Beweise für das völlige Aufhören des passiven Widerstandes.

Die britische Reichskonferenz.

London, 3. Oktober. (U.) Gestern vormittag trat die britische Reichswirtschaftskonferenz, die parallel mit der Reichskonferenz tagt, unter dem Vorsitz des Präsidenten des englischen Handelsamts, Sir Philip Lloyd Gream, zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Gream gab in seiner Eröffnungsrede einen Überblick über die allgemeine wirtschaftliche Lage. Der englische Außenhandel sei immer noch schwächer, als er es vor dem Kriege war, und dieser Zustand zeige seine deutlichste Auswirkung in einer Arbeitslosigkeit, wie sie England noch nie erlebt habe. Es liege klar auf der Hand, daß England nur dann wieder zu normalen Arbeitsverhältnissen kommen könne, wenn es ihm gelinge, das Defizit seines Außenhandels wieder zu beseitigen. Die Bevölkerung sei beträchtlich angewachsen und die Produktionsmethoden wirksam verbessert worden. Infolgedessen sei jetzt eine größere Ausdehnung des Handels als vor dem Kriege notwendig, und es bedeute daher heute eine Lebensfrage für England, nicht nur die alten Absatzmärkte wiederzugewinnen, sondern auch neue zu schaffen. Trotzdem schauere er hoffnungslos in die Zukunft. Die Wirtschaftsquellen des britischen Imperiums seien ebenso reich wie die der Vereinigten Staaten. Die überflüssigen Dominions benötigten für ihre gewaltigen Territorien Bevölkerung und Kapital. Das Programm der Reichswirtschaftskonferenz besahe sich daher vornehmlich mit drei bedeutungsvollen Punkten: dem wirtschaftlichen Zusammenschluß des Imperiums, der finanziellen Zusammenarbeit zwischen dem Mutterlande und den Dominions und schließlich mit der gegenseitigen wirtschaftlichen Bevorzugung.

London, 3. Oktober. (U.) Auf der Reichskonferenz erklärte der Premierminister von Südafrika Smuts, Baldwin habe von den Zuständen in Europa ein düsteres Bild gegeben, aber Südafrika sei noch vorhanden, es habe viele Stürme überdauert und der Welt manches gute Beispiel gegeben. Europa müsse angesichts seiner gegenwärtigen Lage eine große und einmütige Anstrengung unternehmen. Das südafrikanische Gemeinwesen sei groß und mächtig. Das britische Reich könne zur Herstellung einer harmonischen Lage in der Welt mehr tun, als irgend eine Macht auf Erden. Der ganze Einfluß des britischen Reiches sollte benutzt werden, um bei der Regelung der europäischen Angelegenheiten mitzureden. Seit Jahrhunderten habe England einen maßgebenden Einfluß ausgeübt, und die anderen Nationen hätten schließlich immer auf seine Stimme lauschen müssen. Er wünsche, daß bei einer einigartigen Gelegenheit, wie der jetzigen, dasselbe geschehen möchte, was früher geschah, und daß England deutlich seine Stimme erheben sollte. Ueber die Frage der Fundierung der britischen Schuld an Amerika sagt Smuts, manche Leute schienen ihre Schulden heutzutage sehr leicht zu nehmen. Das britische Reich dagegen habe immer seine Verpflichtungen erfüllt. Es sei von größter Bedeutung, daß der europäische Frieden und der Weltfrieden wiederhergestellt würden. Zur Förderung des Handels innerhalb des britischen Reiches könne sicher viel getan werden.

Die „Somaten“. Nach dem Muster der italienischen Faschisten sind im Zusammenhang mit der spanischen Militärrevolution die sogenannten „Somaten“, ins Leben getreten, die der regulären Armee losgegliedert sind. Das bisher außerhalb Spaniens unbekannteste Wort ist aus einer Verbindung der katalanischen Worte „Som a terra“ („Licht orts bereit sein“) gebildet. Wie schon der Name besagt, handelt es sich hier um eine ausgeprägte totalitäre Einrichtung, die ursprünglich den Zweck verfolgte, die Öffentlichkeit gegen Uebelthäter zu verteidigen. Es war eine Art Landpolizei, und wenn irgendwas ein räuberischer Ueberfall geschah, so riefen die Sturmtruppen die „Somaten“ zusammen, die zum Schutze der Bedrohten in Tätigkeit traten. Im Verlauf des vorigen Jahrhunderts bedingten die Verhältnisse nach Schaffung des Gendarmenkorps eine Umbildung der Organisation, da der polizeiliche Schutz von nun an der Gendarmerie anvertraut war. Die „Somaten“ wandelten sich jetzt in eine Bürgerwehr, die unter militärischer Aufsicht stand. Heute bilden sie eine Art Wehrgarde, die Hand in Hand mit der Gendarmerie und der Polizei ihre Tätigkeit ausübt. Die Angehörigen haben keine Uniform und besitzen ihr eigenes Raufgewehr. Sie haben sich Tag und Nacht in Alarmbereitschaft zu halten. General Primo de Rivera, der spanische Diktator, hat diese Einrichtung jetzt für ganz Spanien als obligatorisch erklärt. Die „Somaten“ sollen nicht sowohl die Ordnung aufrechterhalten, sie sind vielmehr ausersuchen, jeden Versuch revolutionärer Erhebung zu unterdrücken.

Die Fähigkeit der Kälte. Das Carlsberg-Laboratorium aus Kopenhagen läßt sich von Zeit zu Zeit Tiermaterial aus Amerika zu wissenschaftlichen Untersuchungen schicken. Meist kommen diese Tiere in Spiritus, in Formal oder anderen Konservierungsmitteln herüber. Kürzlich wurden sogenannte Glasälchen bestellt, das sind die jungen Larvenformen der Kälte, welche vom Meere aus in die Flüsse hinauffliegen, um dort ihre weitere Entwicklung durchzumachen. Derselbe kann nur eins der verlangten Tiere, aber dieses zur allgemeinen Ueberraschung in lebendem Zustande. Die Amerikaner in dem befreundeten Institut Batavia Park zu New York hatten das Tierchen einfach in eine kleine Glasflasche von einem Viertelliter Inhalt getan, diese Flasche dann in üblicher Weise verstopft und versiegelt und in eine Blechhülle gesteckt, und so, in vollkommener Finsternis, ohne Nahrung, ohne Lufterneuerung und Wasserwechsel, hatte das Tierchen die Reise von New York nach Kopenhagen zurückgelegt, die genau einen Monat dauerte. Wie bereits mitgeteilt, kam es lebendig an, wurde dann sofort in ein Aquarium gesetzt und lebt noch. Das dänische Institut hat bereits mehrere amerikanische Kälte, die gut gedeihen, in seinem Besitz, aber diese, die schon aus dem Jahre 1914 stammen, sind damals in offenen Bierflaschen von Vera Cruz in Mexiko herübergebracht worden und es wurde unterwegs Sorge getragen, daß es den Tieren weder an frischem Wasser, noch an Sauerstoff und an Nahrung fehlte.

Römische Cyper. Die Premierminister der Reue „Die Welt ohne Schiller“ ist aus rechtlichen Gründen auf den 9. Oktober verlegt worden.

Ein Verleumder Rathenaus.

„Hammer“ Freisch vor dem Staatsgerichtshof.

Der jetzt 71 Jahre alte Herausgeber der antisemitischen Halbmonatschrift „Der Hammer“, Theodor Frisch in Gausch bei Leipzig, ist schon wiederholt vor die Gerichte zitiert worden. Er hat jedoch bisher immer Glück gehabt. Nun aber hat ihn in den letzten Tagen vor dem Staatsgerichtshof sein Schicksal ereilt. Er war beschuldigt, durch eine Broschüre und mehrere Artikel den ehemaligen Reichsminister Dr. Rathenau beschimpft zu haben. In Frage kamen Artikel mit den Ueberschriften: „Anti-Rathenau“, „Verzweiflungstat eines verzweifelten Volkes“, „Totengericht“ und „Rathenau und Kommunismus autonom“.

Der Angeklagte Emil Theodor Frisch war früher Ingenieur. 1886 hat er die „Deutschsozialen Blätter“ und 1902 den „Hammer“ begründet. Der Angeklagte hat in seinen Schriften erklärt, die Juden arbeiten seit Jahrtausenden daran, sich die Welt Herrschaft zu sichern. Es besteht zu diesem Zweck eine Organisation von 300 Mann. Diese suchen die Existenz der Völker zu untergraben, so hätten sie es auch mit dem deutschen Volk zu machen versucht. Sie hätten schon lange vor dem Krieg auf Reibungen hingewirkt, sie hätten dann den Krieg finanziert. Rathenau sei einer dieser Dreihundert gewesen. Er war bei dem Kaiser ein solcher Ohrenbläser, er habe es in Gemeinschaft mit anderen Juden verstanden, das Vertrauen des Kaisers zu erringen. Er habe sich zum Organisator des Krieges angeboten und die Rohstoffverteilung organisiert und er habe dafür gesorgt, daß die Kriegslieferungen in erster Linie den Juden übertragen wurden, weil die Juden schon die Kriegsmaterialien zusammenzuraffen verstanden hätten. Auch die Nahrungsmittel hätten die Juden an sich gerissen. Rathenau habe dafür gesorgt, daß der Elektrizitätsgesellschaft, die er leitete, Lieferungen übertragen wurden. Rathenau habe schon 1914 nicht an einen deutschen Sieg geglaubt und es war zu erwarten, daß er alles tun würde, was den Franzosen gefiel. Rathenau habe bewußt darauf hingewirkt, den Bolschewismus nach Deutschland zu übertragen, er wäre zu diesem Zwecke auch mit Nadel in Verbindung getreten, habe diesem seine Pläne unterbreitet. Er habe seine Reichtümer vor Beschlagnahme gesichert. Er sei ein schamloser Heuchler, Fälscher und Geistesverwirrer gewesen.

Der Angeklagte Frisch bemerkte zunächst, daß er nicht von jeher antisemitischer Agitator gewesen sei. Er habe früher als Ingenieur gearbeitet, Erfindungen (auch das erste Flugzeug) gemacht. Aber Juden hätten ihm Kapital vorenthalten, so daß er seine Erfindungen nicht habe verwerten können. Er meint, Rathenau habe jedenfalls das Beste gewollt, aber als Jude habe er aus seiner Haut nicht herausgefunden. Er habe sich wahrscheinlich selbst für einen guten Deutschen gehalten.

Nachdem die inkriminierten Artikel verlesen waren, in denen wiederholt zum Ausdruck kam, daß Rathenau bewußt auf den Untergang Deutschlands hingearbeitet habe, indem er Deutschland schädigen wollte, damit es an Blutungen sterbe, trug der Angeklagte Zitate aus alten Schriften vor, um zu beweisen, daß die Juden das staatenzerstörende Element darstellten. Frisch verwarfte sich gegen die Annahme, er sei ein Fanatiker. Er verurteilte die an Rathenau verübte Gewalttat, er sei auch kein Monarchist, sondern habe sich schon vor Jahren gegen die Auswüchse der Monarchie gewendet. Aus Rathenaus Schriften und Reden gehe hervor, daß er Monarchist und Republikaner, Kapitalist und Sozialist, Annetionist und Antiannetionist, Militarist und Pazifist, also eine ganz zwiespältige Natur war. Daß Rathenau den deutschen Sieg nicht wollte, gehe daraus hervor, daß er gesagt habe, wenn der Kaiser als Triumphator durchs Brandenburger Tor gezogen wäre, dann hätte ja die Weltgeschichte ihren Sinn verloren. Frisch stellte eine Anzahl Beweisanträge, so u. a. den, Stimmes, Thymien usw. darüber zu vernehmen, ob sie zu den 300 gehören. Alle diese Anträge wurden abgelehnt, weil sie für die Schuldfrage unerheblich waren.

Die Reichsanwaltschaft beantragte drei Monate Gefängnis, während die Verteidigung Einstellung des Verfahrens beantragte. Frisch selbst gab zum Schluß noch eine Erklärung ab, daß er auf Grund neuer Prüfung nicht mehr den Vorwurf aufrecht erhalten wolle, daß Rathenau bewußt an Deutschlands Zusammenbruch mitgewirkt habe. Er nehme den Vorwurf zurück. Der Gerichtshof verurteilte Frisch zu vier Monaten Gefängnis und 6 Millionen Mark Geldstrafe.

Deutschvölkische Desperados.

Der deutschvölkische Bund „Schwarz-weiß-rot“ versendet an seine Mitglieder unter dem 25. September eine politische Information, in der es an gemeinen Verleumdungen der Sozialdemokratie, wie bei allen derzeitigen Ereignissen, nicht fehlt. Wie sich diese Gesellschaft die deutsche Politik denkt, wenn sie die politische Macht an sich gerissen hat, geht aus dem Schreiben deutlich hervor. Man arbeitet auf einen kriegerischen Konflikt hin, sollte es was es wolle. „Wohin ein Feldherr im Kriege überlegt sich nicht, wie die Versorgung der Truppen der Desperados sicherzustellen ist, die infolge seiner kriegerischen Operationen Schaulagen des Kampfes werden oder in Gefahr sind.“ Diese edlen Heldentaten sehen also mit der größten Weisheit eine Vermischung und Aushungerung großer Teile der Bevölkerung entgegen. Sie machen in ihren Verhörmögern für ein Volk Propaganda, die selbst der Führer der Deutschvölkischen Bewegung, als Wahnsinn zurückgewiesen hat. Es wäre eine Tragödie für Deutschland, wenn, wie es bereits in Bayern der Fall ist, Herrliche Desperados die Oberhand gewinnen. Die vollständigsten Maßnahmen werden deshalb gut daran tun, mit Bänden wie der „Deutschen“, „Schwarz-weiß-rot“ nicht viel Federlesens zu machen. Grund zum Einreiten liegt genug vor. Heißt es doch in dem Rundschreiben: „Recht muß ganze Arbeit gemacht werden und mit dem Schwert von 1918 gründlich und endgültig gebrochen werden.“ Was nur zur Diktatur, die einzig und allein wie im letzten Akt von der Weltmacht errichtet werden könne. Das heißt: Die Diktatur mußte aus „Verhältnissen“ zusammengesetzt werden. Sie mußte unbedingt und sicher für die kriegerische Lösung des Problems sein.“

Im Reichsverband der Presse wurde in der gestrigen Mittagsbesprechung des Bezirksverbandes Berlin, der ersten nach Annahme der neuen Satzung, die Neuwahl des Vorstandes und die Wahl des Hauptauschusses vorgenommen. Die erstere hatte folgendes Verzeichnis: Vorsitzender: Piechotta (bisher Neumann), 1. Stellvertreter: Voß (bisher Goeres), 2. Stellvertreter: Voß (bisher Voß), 1. Schriftführer: Dr. Dörmann (wie bisher), 2. Schriftführer: Knauer (wie bisher), 1. Schatzmeister: Steinberg (wie bisher), 2. Schatzmeister: Knauer (wie bisher), Vorsitzender der Rechtskommission: Dr. Piechotta (wie bisher).

Der Hofmord in Spillern bei Wien ist nicht im Kampf mit Sozialdemokraten erfolgt, sondern durch plötzliches Salvenfeuer. Der Hofmord in Spillern bei Wien ist nicht im Kampf mit Sozialdemokraten erfolgt, sondern durch plötzliches Salvenfeuer. Der Hofmord in Spillern bei Wien ist nicht im Kampf mit Sozialdemokraten erfolgt, sondern durch plötzliches Salvenfeuer.

Der Mordprozess v. Kähne.

Schwer belastende Aussagen eines Kriminalbeamten.

Im Kähne-Prozess wurde heute Vormittag in der Beweisaufnahme fortgefahren. Vor der Vernehmung der weiteren Zeugen wurden den Geschworenen die noch erhaltenen Teile des Hemdes vorgelegt, das der junge Laase an dem fraglichen Tage getragen hatte und das infolge des Verweilungsprozesses und weil es noch lange bei den Leichenfunden im Lager gelegen hatte, nur einen zermürbten braunen Faden darstellt. Ueber die nachträgliche Auffindung einer Kugel an der Fundstelle äußerte sich der Landjägermeister Viedtke noch dahin, daß das Geschloß am Scheitelpunkt unter der linken Brustseite des Toten in die Erde gedrungen sei.

Die wesentlichste Aussage

machte dann der Kriminalassistent Buchdori vom Berliner Polizeipräsidium, der im Frühjahr v. J. vom Ministerium des Innern mit den Ermittlungen beauftragt worden war. Der Zeuge bekundete: Bei dem Aktstudium habe ich mich schon gewundert, daß in dieser Sache fast gar nichts geschehen war. Nur die beiden Kähne und der Vater Laases waren vernommen worden. Dagegen schickten die Berichte der zuständigen Polizeibehörde. Ich habe dann die Frage eines Selbstmordes geprüft und die Exhumierung der Leiche veranlaßt, die dann auch vorgenommen wurde. Ich habe dabei besonders den einen Schuh untersucht, in dem ich parallel zur Sohle zwei Löcher fand, die wie ein Ein- oder Auschuß entweder von einem 6-Millimetergeschloß aus einer sogenannten Schanzbüchse oder von starkem Schrot ausliefen. Es fiel mir weiter auf, daß in den Akten der Arzt damals bescheinigt hatte, daß alle Knochen der Leiche als unverletzt festgestellt worden seien. Dabei waren die Fußknochen in den Schuhen überhaupt nicht untersucht, denn die Schuhe waren ganz fest zugeschnürt. Der eine Stiefel ist dann geöffnet und im Berliner Polizeipräsidium durch den Chemiker untersucht worden. Durch Schießversuche haben wir dann festgestellt, daß ein Einchuß vorlag, der von einem Bleigeschloß, aber nicht von einem Mantelgeschloß stammen konnte. Später habe ich dann an der Fundstelle noch einen Vorderzahn und einen Wirbelknochen gefunden. Der Zeuge legte dem Gericht den Zahn vor. „Von dem Vater Laases“, so fuhr er fort, „war der Verdacht auf Kähne gelenkt worden, der sich auffällig viel in der Umgebung der Stelle hatte sehen lassen. Mir selbst ist es auffällig und unbegreiflich erschienen, daß weder Herr v. Kähne noch der Förster Lacher den Leichengeruch wahrgenommen haben, obgleich sie doch täglich durch diesen Wald gingen. Dabei hat mir noch der junge Kähne ausdrücklich bestätigt, daß sein Vater sowohl ein gutes Auge wie einen feinen Geruchssinn habe. Meines Erachtens scheidet ein Selbstmord völlig aus. Der bei der Leiche gefundene Revolver ist kaum zur Tötung benutzt worden. Ich glaube auch nicht, daß die fehlenden Zähne ausgefallen sind. Wahrscheinlich hat der Junge einen Schlag ins Gesicht erhalten. Ich habe dann den Förster Lacher vernommen, bei dem ich auch eine Schanzbüchse fand und beschlagnahmt, während ich eine derartige Waffe bei Kähne nicht gefunden hatte. Der Förster verschwieg mir, als ich nach seinen weiteren Waffen fragte, den Besitz einer abgepflanzten Militärwaffe, einer Parabellumpistole. Als ich ihn später noch fragte, weshalb aus seinem Dienstbuch gerade die Seiten des betreffenden Zeitraumes fehlten, erklärte mir Lacher, sie seien vielleicht von jemand herausgerissen worden, der ihn belästigen wollte. Ich bin jedenfalls zu der Ueberzeugung gelangt, so betonte der Zeuge.

daß der junge Laase gewaltsam getötet worden ist.

Es ist auch ein Verdacht gegen verschiedene Fischer laut geworden, die dort in der Nähe geschossen haben sollen. Es konnte aber nichts festgestellt werden. Ueberhaupt fielen dort in der Nähe dauernd Schüsse, ohne daß man wußte, woher sie kamen. Kähne selbst ist einmal von einem Jagdgast, einem Generalleutnant Schönbed, darauf aufmerksam gemacht worden, daß es im Sternwald nach Kas rieche. Kähne meinte aber, daß der Geruch von Stimpfen herrühre, während der Förster mir gesagt hat, daß diese Sorte Bijsch dort überhaupt nicht vorkomme. Der Zeuge Buchdori äußert sich dann zu der Aussage des Arbeiters Keschfeld, die auf ihn einen sonderbaren Eindruck gemacht habe, und der er nicht unbedingt Glauben schenke. Keschfeld wurde dann mit dem Zeugen konfrontiert, blieb aber bei seiner Darstellung und bestritt auch, daß er sich nur der Belohnung wegen bei Buchdori gemeldet hätte. Der Zeuge Buchdori fuhr dann fort: „Später meldete sich ein neuer Zeuge Bellin, der im Richterfelder Gefängnis saß. Dieser bekundete, daß er am 3. Mai vormittags im Pehower Wald Bijsch gesucht und dabei einen Jungen an sich gesehen hätte, der ganz übermäßig ausfiel, als ob er im Walde geschlafen hätte. Er habe den Jungen vor Kähne gewarnt und ihn dann aus den Augen verloren. Später sei Herr v. Kähne an ihm vorbeigeritten und er habe sich aus Angst scheunigst versteckt, dann aber beobachtet, wie Kähne den Jungen, der anscheinend Negerener lachen wollte, angehalten und mit „Lummel“ angesprochen habe. Der Junge habe dann flucht ergriffen, worauf Kähne sein Pferd angehalten und hinter ihm hergeschossen habe.“

Der Betroffene sei zusammengeknallt, aber weiter in die Büsche gelaufen, worauf Kähne nochmals geschossen hätte. Wie der Zeuge Buchdori weiter erklärt, stimmt die Stelle, die der Zeuge Bellin als fragliche bezeichnet, ungefähr mit der Fundstelle überein. Angeblich habe Bellin von dem ganzen Fall Kähne erst im Richterfelder Gefängnis Kenntnis erhalten und sich darauf bei seinem Gefangenenaufseher gemeldet, der dann die Angaben weiter gemeldet hat. Beide Aussagen, die des Keschfeld und die des Bellin, seien unter Umständen zu vereinigen und man kann annehmen, daß der Junge vielleicht am Abend von Kähne verprügelt worden sei und dann am nächsten Morgen wieder ertrappelt und nun niedergebissen worden sei. Bellin selbst ist wegen Diebstahls wiederholt verurteilt, doch sei seine Aussage nicht unwahrscheinlich. Auf Befragen des ersten Staatsanwalts Gerlach bekundete der Zeuge Buchdori weiter, daß die von Bellin bezeichnete Stelle ungefähr 30 bis 40 Meter von der Leichenfundstelle gelegen hätte. Uebrigens hätte auch der junge Kähne sich ihm, dem Zeugen, gegenüber geäußert:

„Ja, ob es nicht der Alte gewesen ist?“

Justizrat Josephhahn: Der Sohn ist ganz mit seinem Vater zerfallen. Er ist vom Fideikommiß ausgeschlossen und ganz degeneriert. — Vorsitzender: Wie erklären Sie es sich dann, daß unter der Leiche eine Kugel in der Erde gefunden worden ist. — Zeuge: Der Junge wollte mit seinem Revolver vielleicht Enten schießen. Darauf hat Kähne ihm die Waffe fortgenommen und ihn dann selbst niedergebissen.

Als nächster Zeuge bestätigt Generalleutnant Schönbed, der im Mai des fraglichen Jahres auf der Jagd in Pehow gewesen war, daß er an einer Stelle des Kirchwaldes einen Kasgeruch wahrgenommen hatte. Das gleiche hätte er aber auch im Schlosspark zu Pehow bemerkt und v. Kähne hätte ihm dort gezeigt, daß dieser Geruch von Stimpfen käme, die auch am Wege standen. Tatsächlich hält der Zeuge es für unwahrscheinlich, daß er damals den Kasgeruch von der ziemlich weit entfernten Leichenfundstelle wahrgenommen haben kann.

Das neue Arbeitsjahr der Volkshochschule

Die Volkshochschule Groß-Berlin eröffnet am 22. Oktober ihre neuen Kurse; der Verkauf der Hörerkarten hat am 20. September begonnen. Daß die Volkshochschule überhaupt mit einem neuen Lehrplan vor die Öffentlichkeit tritt, ist wie ein Wunder. Durch die Verweigerung der städtischen Zuschüsse der finanziellen Basis beraubt und durch die Geldentwertung von Monat zu Monat in immer neue Schwierigkeiten gestürzt, bewährte sich dennoch die in den drei Jahren seiner Existenz gesammelte innere Kraft des Instituts als stark genug, um die Verhaltensfähigkeit ausrechtzuhalten. Eine völlige Umgestaltung der Volkshochschule, über die wir feinerzeit berichteten, und ihre Zurückführung auf ihren wirklich lebensfähigen Kern waren notwendig, um dieses Ergebnis zu erzielen. Diese Umgestaltung erfolgte bereits im Frühjahr. Der Sommer mit seinem katastrophalen Niedergang der Geldverhältnisse stellte jedoch den Erfolg von neuem in Frage. Wenn die Volkshochschule Groß-Berlin in den verbliebenen Lehrstätten jetzt trotz allem ihre Tore öffnet, so ist das vornehmlich der Treue und Tapferkeit der fast ausschließlich aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen kommenden Hörerschaft zu danken. Sie waren es, die sich ihre Volkshochschule auf keinen Fall nehmen lassen wollten. Ihre Vertrauensleute übernahmen die Lasten der ehrenamtlichen Führung der Geschäfte, die zur Erhaltung des Instituts notwendig werden würde. Was die Volkshochschule Groß-Berlin bei ihrer inneren Reorganisation an äußerem Umfang verloren hat, hat sie auf solche Weise an innerem Wert gewonnen. Gemeinsam mit der Arbeiterschaft und den Hörervertretern nimmt auch die Wissenschaft, vertreten durch die Universität, weiterhin Anteil an der Erhaltung des Instituts. Auch in den Kreisen der Wissenschaft, die in der Leitung sowie als Dozenten an der Volkshochschule beteiligt sind, sind Zeichen schöner Opferfreudigkeit zum Wohle des Instituts hervorgetreten. Das freudige Zusammenwirken dieser Faktoren, der Arbeiterschaft und der Wissenschaft, das sich in diesem schweren Jahr gezeigt hat, wird die Arbeit der Volkshochschule auch fernerhin sicherstellen und fruchtbar gestalten.

Die Lehrpläne und Hörerkarten sowie alle Auskünfte über die Volkshochschule Groß-Berlin sind bei den Hörerobekuten zu haben. Ihre Adressen lauten: Arbeitsstätte Norden: H. Bulsch, Kopenhagener Str. 12. Auskunft: Gleimstr. 49. Jeden Montag 6 1/2—9 Uhr abends. Nordosten: F. Schindler, Marienburger Straße 34. Auskunft: Poststr. 44/46. Jeden Montag 6 1/2—8 Uhr abends. Südosten (Treptow): E. Schröder, Neue Krug-Allee 9. Auskunft: jeden Montag 6—8 Uhr abends. Neukölln: R. Strauß, Stuttgarter Str. 44. Auskunft: jeden Montag 6 1/2—8 Uhr.

Kein Zusammenbruch der Ortskrankenkasse?

Von der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin wird uns geschrieben: Unter der Ueberschrift „Zusammenbruch der Allgemeinen Ortskrankenkasse“ bringen Sie eine Schilderung unseres Betriebsrates über die gegenwärtige Lage unserer Kasse. Solches uns bekannt ist, wolle unser Betriebsrat mit einem „Eingeländ“ auf die finanzielle Lage sämtlicher Groß-Berliner Ortskrankenkassen hinweisen, da bei allen die Verhältnisse ziemlich gleichartig liegen. Die Ueberschrift der gegebenen Schilderung muß den Eindruck erwecken, daß unsere Kasse vor dem Zusammenbruch stehe. In der Tat sind wir, wie die Mehrzahl der Kassen im Reich, durch die rapid gestiegene Geldentwertung augenblicklich genötigt, unseren Beamten und Angestellten, den Ärzten und Apothekern auf ihre Forderungen nur Abschlagszahlungen zu leisten. Das Reichsarbeitsministerium hat jedoch in Würdigung unserer Lage bereits

ein größeres Darlehn in Aussicht gestellt, und auch beim preussischen Volksfahrtsministerium sind entsprechende Schritte eingeleitet, so daß wir in aller nächster Zeit vorwiegend der Schwierigkeiten Herr werden, um so mehr, da die „Reichsgesellschaft“ erschienenen Verordnungen wesentlich zur Besserung unserer Finanzen beitragen werden.

Der Mörder seiner Frau.

Eine Wohnstube in der Kommandantenstraße.

Eine grauenhafte blutige Eifersuchtsorgie, die mit der Ermordung der Ehefrau endete, spielte sich in der vergangenen Nacht im Zentrum der Stadt im Hause Kommandantenstr. 15 ab. Der Täter ist ein Berliner Magistratsbeamter namens Friz Gelleffat, der bereits in Haft genommen worden ist. Ueber die eigentlichen Gründe zu der unseligen Tat konnte bisher noch nichts ermittelt werden.

In dem genannten Hause wohnte der 55 Jahre alte Magistratsbeamte Friz Gelleffat mit seiner erst 28 Jahre alten Ehefrau Emma geb. Prüfer. Der Mann war sehr eifersüchtig und es war schon wiederholt zu heftigen Austritten zwischen den Eheleuten gekommen. Am Dienstagabend war das Ehepaar wieder in Gesellschaft gewesen und war mit dieser um 1 Uhr aufgebrochen, um nach Hause zu gehen. Frau Gelleffat war mit einem Verwandten etwas zurückgeblieben und dadurch wurde der Mann wieder von der Eifersucht gepackt. Er ging voraus in die Wohnung, und als seine Frau diese einige Minuten später betrat, machte er ihr wieder heftige Vorwürfe. Während sich die Frau nun in dem Wohnzimmer auf das Sofa setzte, ging er nach der Küche, holte dort ein Messer und schlug auf seine Frau ein. Er zertrümmerte ihr den Schädel, so daß sie benutzungslos zusammenbrach. Nachdem er sah, was er angerichtet hatte, ging er aus der Wohnung heraus und irrte in den Straßen umher, bis er gegen 3 Uhr nichts einem Polizeibeamten auffiel. Diesem sagte er dann auch, daß er auf seine Frau eingeschlagen habe und selbst nicht wisse, was mit ihr geschehen sei. Der Beamte brachte den Mann nach dem 14. Polizeirevier, wo er verhört wurde. Es zeigte sich auch dabei, daß er stark mit Blut besudelt war. Die Beamten eilten nun nach der Wohnung, wo sie die Frau mit zertrümmertem Schädel auffanden. Der Ehemann wurde in Haft genommen.

Markenfreies Brot 30 Millionen.

Durch das neue starke Anziehen des Dollars sind auch die Preise für Mehl sehr erheblich in die Höhe gegangen. Der Zweckverband der Bäckermeister Groß-Berlins hat deshalb vom 4. Oktober ab den Preis für ein markenfreies Brot auf 30 Millionen, die markenfreie Schrippe auf 1,2 Millionen Mark festgesetzt.

Breslau wird „trocken“ gelegt.

Wie das Breslauer „Nach-Abendblatt“ meldet, beschloß der Verband der Breslauer Gastwirte, zum 15. d. M. sämtliche Breslauer Gaststätten zu schließen. Alle Hotels, Cafés, Bier- und Weinstuben werden sich ohne Ausnahme diesem Schritt anschließen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

19. Kreis, Pankow. Morgen, Mittwoch abend 7 Uhr, Kreismitgliederversammlung im Jugendheim, Pankow, Reichstr. 32.
42. Abt. Heute abend 7 1/2 Uhr, Vorstandssitzung mit den Bezirksführern bei Götz, Bergmannstraße 66.

Weiter für morgen.

Berlin und Umgebung. Umso kühler, je mehr Wetter, aber sehr veränderlich, mit einzelnen leichten Regenschauern, bei solchen meißigen bis nordwestlichen Winden.

